

## #metoo: Verspottet auf Facebook



#metoo bestimmt seit Wochen die öffentliche Debatte – dieses Mal sogar mit Konsequenzen. (Foto: caro)

Seit den Enthüllungen rund um den Hollywood-Filmproduzenten Harvey Weinstein ist das Thema sexuelle Belästigung wieder allgegenwärtig in der Gesellschaft. Unter dem Hashtag #metoo wird weltweit über Sexismus und sexualisierte Gewalt berichtet – das Thema nimmt auch im privaten Raum immer mehr Platz ein. Ein WDR-Journalist startete am 30. Oktober in einer Facebookgruppe der Universität Duisburg-Essen (UDE) einen Aufruf, um heraus zu finden, wer an der Uni solche Erfahrungen machen musste. Was folgte, waren vermeintliche Witze auf Kosten der Betroffenen und die Relativierung des Problems.

„Julian [Name geändert] hat einmal sehr unsittlich mein Bein berührt als er zu seiner Wasserflasche griff. Ich musste mich danach drei mal duschen und habe sehr viel geweint“, spottete der Facebook-Nutzer Alex [Name geändert] in der Kommentarspalte des Beitrags, in dem er einen Bekannten verlinkt hatte. Vermeintliche Witze sorgen dafür, dass Betroffene nicht ernst genommen und ihre Reaktionen als übertrieben dargestellt werden. „Solche Witze negieren sexualisierte Gewalt völlig und sind selbst Teil von dieser Gewalt“, erklärt Ellen Meister, stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte aus der Gruppe der Studierenden an der UDE und Sprecherin des Autonomen Frauen\*referats des AStAs.

### Untergrabene Machtverhältnisse

Wenig später ist – versehen mit einem traurigen Smiley – von Alex zu lesen: „Und wieder wird die sexuelle Nötigung von Männern nicht ernst genommen. Armes Deutschland.“ Dabei richtete sich der Aufruf des WDR-Journalisten gar nicht explizit an Frauen. Es wurde nachträglich sogar noch darauf hingewiesen, dass sich „auch gerne ein Mann melden“ dürfe. Von Ignoranz kann also keine Rede sein. Denn wie der Fall des Schauspielers Kevin

Spacey zeigt, zählen auch Männer\* zu den Opfern sexualisierter Gewalt. In der sich entfachenden Diskussion unter dem Beitrag spielt Alex immer wieder mit falschen Fakten. So gebe es angeblich genug Anlaufstellen für Frauen\*. Dabei sind laut Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW die Frauenhäuser so überlaufen, dass aktuell nur sechs von insgesamt 70 überhaupt Plätze anbieten können.

Ein anderer Nutzer zweifelt gar den Wahrheitsgehalt der #metoo-Aussagen an. Schließlich trügen die nicht „von irgendeiner Wahrheitsagentur das Gütesiegel ‚echter Missbrauch‘“. Meister führt aus: „Da sexuelle Gewalt sich von Machtverhältnissen nährt, fühlen Cis-Männer [Anm. d. Red.: Männer, die sich mit ihrem bei Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren] sich oft in ihrer Macht untergraben, wenn sie sehen, dass Frauen\* sich gegen sexuelle Gewalt oder jede andere Form von Unterdrückung wehren.“ Auch meint jemand seinen Frust über die GEZ-Gebühren anhand dieser Thematik rauszulassen und verspricht Informationen zu Übergriffen gegen Gebühr und relativiert so die Erlebnisse von Betroffenen. Schlussendlich gesellen sich auch Schaulustige mit virtuellem Popcorn in Form eines Katzen-Stickers dazu, statt selbst Wort zu ergreifen.

### Die klassische Täter-Opfer-Umkehr

Meister beschreibt die Reaktionen folgendermaßen: „Es wird versucht [...] zu zeigen, dass das Problem nicht so eine große Spannweite aufweist. Sexualisierte Gewalt wird ins Lächerliche gezogen oder sie wird relativiert, indem Beispiele genannt werden, dass Frauen\* sich ja gar nicht so anzustellen haben, und auch Beispiele genannt, in denen Cis-Männer\* Opfer von Frauen\* sind.“ Auch in der öffentlichen Debatte in der Gesellschaft wird Frauen\* der Vorwurf gemacht, sich nicht gut genug zu wehren und sich erst Jahre später zu äußern. Die Täter-Opfer-Umkehr wird angewandt. Statt dem

### Diskussion um Burschis



Nachdem sich der AStA gegen Burschenschaften positionierte, hagelte es Kritik von der LHG. Mehr dazu auf **Seite 4**

### Alte Synagoge im Interview



Am 9. November jährt sich die Pogromnacht. Mit Uri Kaufmann sprachen wir über jüdisches Leben in Essen. **Seite 6.**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Täter wird der Frau\* in Not fehlende Kompetenz unterstellt. Auch Alex verwandelt innerhalb nur weniger Sätze Frauen\* von Opfern in Schuldige. Erst zeigt er sich „traurig“ über die Ängste und Unsicherheiten, denen Frauen\* ausgesetzt sind, ehe er ein paar Sätze weiter behauptet, „wenn’s die Möglichkeit, Institutionen und Projekte wie ‚Luisa‘ gibt, sind die Leute, die diese nicht nutzen, das ‚Problem‘“.

An der UDE können sich Betroffene unter anderem an das Autonome Frauen\*referat wenden, um in einem geschützten Raum über ihre Erlebnisse sprechen zu können. Auf Wunsch setze man sich auch mit Dozierenden in Verbindung, „damit diese in Seminaren oder Vorlesungen ein Auge darauf werfen“. Wichtig sei, so Meister, dass Frauen\* nicht bei sich die Schuld suchten. Sie seien nicht die Verursacherinnen. Stattdessen wünscht sich Meister von der Gesellschaft: „Anstatt Frauen\* schon im jungen Alter beizubringen, darauf zu achten, nicht vergewaltigt zu werden, sich nicht zu ‚reizvoll‘ zu kleiden, oder nicht alleine dunkle Gassen entlang zu gehen, sollte Männern mehr beigebracht werden, die Grenzen anderer zu respektieren, generell respektvoll mit Frauen\* umzugehen, keine sexistischen Witze zu machen und ihnen gegenüber keine sexualisierte Gewalt auszuüben.“ **[caro]**

# Semesterticket sorgt für Frust

## Kommentar

### Gib Geld, gib Geld!

von Julia Segantini

Immer wieder ein leidiges Thema: Das Praktikum. Selten lehrreich und meistens unterbezahlt – wenn überhaupt. Die meisten wurden schon mal bei einem Praktikum ausgebeutet. Aber wie sieht da eigentlich die Rechtslage aus? Der Mindestlohn wird erst ab einer Länge von drei Monaten fällig und auch nur, wenn es sich um ein freiwilliges Praktikum handelt. Es wird nämlich davon ausgegangen, dass Praktikant\*innen nicht zum wirtschaftlichen Erfolg eines Betriebs beisteuern, sondern ihm im Gegenteil zunächst zur Last fallen und erst eingearbeitet werden müssen. Diese Annahme ist schon mal Unsinn. Eine Einarbeitung dauert in der Regel keine drei Monate. Und wie oft wird man nicht vernünftig eingewiesen? Die Kolleg\*innen wissen oft nichts mit Praktikant\*innen anzufangen und betreuen sie gar nicht oder unzureichend. Von dem teilweise schlechten Umgang mal ganz abgesehen.

Dass davon ausgegangen wird, man würde nicht aktiv zum Unternehmen beitragen, ist unglaublich dreist. Gerade wenn man schon Erfahrungen hat oder ein einschlägiges Studium vorweist, kann man sehr wohl schon einen sinnvollen Beitrag leisten. Außer natürlich, man wird zum Akten sortieren verdonnert. Ich hatte bis jetzt noch kein Praktikum, bei dem ich nicht Vollzeit gearbeitet oder sogar noch Überstunden gemacht habe. Meinen Nebenjob konnte ich trotzdem noch ausüben, weil ich nur am Wochenende gearbeitet habe. Gut, ein soziales Leben hat man dann natürlich nicht mehr, aber wer braucht das schon?! Manche müssen ihre Nebenjobs sogar kündigen, weil durch das (unbezahlte!) Praktikum einfach keine Zeit mehr dafür ist.

Bei einem Orientierungspraktikum, das nach drei Monaten verlängert wird, befindet man sich in einer Grauzone hinsichtlich dessen, ob der Mindestlohn rückwirkend ausbezahlt wird, oder erst ab dem ersten Tag der Verlängerung. Wofür sich die meisten Betriebe entscheiden, dürfte klar sein. Eigentlich unfassbar, dass die Gesetze immer noch zu Gunsten von Arbeitgeber\*innen und zum Nachteil von Studierenden gelten.

Festgelegt werden die Arbeitsbedingungen im Arbeitsvertrag. Leider bekommt man den teilweise erst am Ende des Praktikums, oder, in seltenen Fällen, auch gar nicht. Das ist nicht nur unverschämte, sondern auch nicht gesetzeskonform. Die Arbeitgeber\*innen interessieren das aber häufig nicht. Warum sollten sie sich wegen einer x-beliebigen Praktikant\*in den Stress machen? Da steht sowieso direkt der nächste in der Warteschlange.



Smartphone und Papier kommt bei vielen nicht gut an. (Foto: dav)

**„Nervt total!“, „Ständig Fehlermeldung ...“, „Zurück zum All-in-One Ticket sage ich!“ – die Ticketumstellung stößt bei den meisten Studierenden der Universität Duisburg-Essen (UDE) auf Ablehnung. Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA), der als Vertragspartner für das Ticket bei der Umstellung schlicht übergangen wurde, versucht deswegen bereits seit Monaten die Verkehrsbetriebe und Hochschulverwaltung zur Rückkehr zum Ticket auf dem Studierendenausweis zu bewegen.**

Ständige Verfügbarkeit, einfacher Ersatz und Wegfall der Bearbeitungsgebühr bei Verlust – mit diesen Vorteilen pries Ludwig Ciesielski, Leiter des Einschreibungs- und Prüfungswesens der UDE, die Nutzung von Papier und Smartphone im April an (aktuell berichtete). Viele Studierende wünschen sich trotzdem die All-in-One Lösung, also das Semesterticket auf dem Chip des Studierendenausweises, zurück.

### Viele Beschwerden

In der Facebook-Gruppe Universität Duisburg-Essen wurde das Ticket auf Nachfrage der aktuell breit diskutiert. Während Nutzerin Birthy K. schreibt, dass der „QR-Code [der] Smartphone-Version von den Geräten der Kontrolleure erkannt wird“, beschwerten sich die meisten Studierenden über diverse Probleme. „Bei vielen scheitert es schon bei der Registrierung“, merkt Sandra S. an. Sie bemängelt, dass man den Namen im Nachhinein nicht mehr ändern kann, wenn man sich vertippt hat. Außerdem sei die Seite nur in deutscher Sprache verfügbar. Auch Marcel R. hat bisher schlechte Erfahrungen gemacht.

Unterwegs mit einer Mitsudentin hatte diese keinen Handyempfang im Tunnel – der Kontrolleur schrieb sie auf. Bei Victoria A. gab es beim Lesen des QR-Codes im Bus Probleme. Mitunter stehe sie „minutenlang an dem Lesegerät am Eingang und ärgere damit alle anderen Fahrgäste“.

Weiter bemängeln Studierende, dass bei ihnen der Abruf des Tickets über die MyUDE-App generell nicht funktioniert und das Herunterladen wenig intuitiv sei, man ständig auf den Füllstand seines Handyakkus achten müsse, die App nicht mit allen Betriebssystemen kompatibel sei und die Papierform schnell zerknittere oder nass werde. „Damit es nicht schon nach einer Woche kaputt geht, haben viele von uns das laminiert. Jetzt erfahren wir, dass man es nicht machen darf. Eine Mitsudentin muss jetzt eine Strafe deswegen zahlen“, schreibt Nutzerin Victoria. Zudem sind Studierende mit Windows Phone oder ohne Smartphone gänzlich auf die unpraktische Papierversion angewiesen.

### AStA will altes Ticket zurück

„Auch wir sehen eine Verschlechterung in der Umstellung. Das zeigen ja auch die zahlreichen Problemstellungen“, erklärt AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht. In diesem Monat soll es deswegen ein Gespräch mit allen Parteien, also Verkehrsbetrieben und Hochschulverwaltung, geben, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Große Hoffnungen auf eine schnelle Rückkehr zum alten Ticketmodell hat Lamprecht jedoch nicht.

Im Vertrag zwischen den Verkehrsbetrieben und dem AStA steht: „Die Merkmale der Fahrtberechtigungsbescheinigung werden zwischen VRR AöR [Anstalt öffentlichen Rechts, Anm. d. Red.], dem betreffenden Verkehrsunternehmen, der VS [verfassten Studierendenschaft, Anm. d. Red.] und unter Einbeziehung der Hochschulverwaltung einvernehmlich geregelt.“ Dass Hochschulverwaltung und VRR ohne Zustimmung des AStAs das Ticket umgestellt haben, findet Lamprecht abenteuerlich und kommentiert: „Sicherlich hat der VRR den Vertrag in gewisser Weise ignoriert. Wir könnten jetzt natürlich versuchen, den Vertrag aufzulösen, aber dann gäbe es gar kein Ticket mehr. Das ist auf jeden Fall nicht wünschenswert.“

Gegenüber der aktuell hatte Einschreibungsleiter Ciesielski im April betont, es gäbe technische Probleme mit dem Hintergrundsystem beim VRR – einer der Gründe für den Einsatz von Smartphone und Papier. Lamprecht bestreitet das und sagt: „Strukturelle Probleme hat es nicht gegeben. Das ist ein Mythos, den Herr Ciesielski ins Feld führt, um eine vermeintliche Verbesserung zu begründen.“ Er hält ein relativ teures Software-Update für die Ursache, welches nötig gewesen wäre, um weiterhin als Hochschule die Tickets auf den Ausweis drucken zu können. „Diese Kosten wurden wohl gescheut. Und jetzt schieben sich VRR und Hochschulverwaltung gegenseitig die Verantwortung zu, wer die treibende Kraft gewesen sein soll, zeigen sich aber nicht daran interessiert, etwas zu ändern.“ [dav]

# "This is isolating the whole academic and artistic community there"

Misagh Azimi is a student whose application for a visa to the UK was just recently denied – with a very questionable justification. The head of the Institute for Computermusic and Electronic Media (ICEM), Thomas Neuhaus, described it as „Unbelievable! How can a ‘civilized country’ get away with something like this?“ [translated from German] on the institute’s website. aktuell-editor Lorenza Kaib talked with Misagh about his experience, the consequences those actions have on the artistic world and how the Brexit might probably worsen the situation. This interview was conducted in English in order to reach a broader public.

**ak[duell]:** You’re a student at the ICEM. What have been your experiences with the Folkwang so far, how do you like it here?

**Misagh Azimi:** Yeah, that’s my sixth year actually. I studied my Bachelor there and now I’m in my second year of Masters. I mean, I changed a lot of universities and that was like the point where I said ‚Okay, I want to stay here, cause I have all the things that I want exactly‘. No university is perfect but this was like mostly what I always wanted – and that’s the reason I stayed here.

**ak[duell]:** Recently the British Immigration Office refused your visa application – what happened and how did you receive the notification?

**Misagh:** I kind of assumed it was going to happen – after Brexit. I wasn’t that optimistic, but even though I was kind of shocked and very disappointed. So what happened was that I got an invitation from the Greenwich University in London to go to a colloquium where they wanted me to show my audiovisual works that I composed two years ago. It’s a three channel-video with four channel-audio. I was really proud of it, I did it for my final Bachelor exam. They invited me and I then thought, ‚Okay, I can just go there and attend the colloquium, exchange some ideas with people‘. An artistic opportunity for me and also for our institute: presenting the music and art that we do there.

And then I googled if I need a visa for that and I found out that I do. I applied for it, all the required documents were there. The Folkwang University paid for all my travel needs. So when I went to the embassy I already had my ticket, my hotel and also the money that I had to give them for the visa process. Everything was paid, there was nothing else – just, like, five pounds for fish and chips in London when I am there. The other thing was that they wanted to know if I come back, so I showed them my registration at the University



*Misagh: student, artist and refused to enter the UK (Foto: lenz)*

and also my contracts here as a music teacher. I have to be here for the classes, I wanted to go for four days and then come back.

I showed them that I earn money myself as well. I lived in different countries in the past ten years and I have a clean sheet – I have no criminal records, nothing. So everything is supposed to be all right, I thought. Then I waited for twenty days what is actually longer than usual, they do it usually in 15 days. And after that they sent me an email that my application was refused because they were not sure if I could pay for my travel – which was already paid – and also they were not satisfied with my ‚intentions‘ for traveling to the UK. Even though I attached the invitation from the colloquium. And I also applied as an academic, not as a tourist. The second reason was they didn’t know if I will be back here after the travel.

**ak[duell]:** In your statement on the ICEM-website you said that the „process seems very discriminating“. Do you think all this was more about your Iranian passport?

**Misagh:** Yes. I strongly believe that. As soon as it just got out people started saying their own opinions about [the notifications], talking about ‚it is racism‘. It’s not racism. It’s just basically some political decision, that’s it. It has nothing to do with racism or moral. It’s just how the world works right now.

**ak[duell]:** You mean the changing bureaucracy right now in Great Britain?

**Misagh:** Everywhere it’s changing. I mean, the process began actually about ten years ago. So everywhere the governments are trying

to make it safer. The safety and freedom of some persons can cut the safety and freedom of another person off. Basically what happened is the British decided to go out of this Union, they decided to make themselves safer and they’re just cutting everybody else out. I’m actually very sensitive about this subject now because I think this is gonna happen also to maybe some German people after Brexit, it’s going to be the same story. A dear professor of mine, Michael Edwards – who is British and teaching at ICEM – he said that he has had this problem for almost ten years teaching at a university in Scotland. He invited guests from different countries and a lot of them couldn’t come. This is just isolating the whole academic and artistic community there – and also maybe here – that doesn’t allow people to exchange ideas, it just makes everything harder. It’s harder for me because I have an Iranian passport, but it’s gonna be also hard

for the Europeans in a couple of years with Brexit in stock. I’m 100 percent sure that it has something to do with my Iranian background and also with the post-Brexit immigration laws forced in the UK.

**ak[duell]:** You wrote in your statement about an upcoming meeting with the university here. What will be your next steps, do you consider getting into legal actions?

**Misagh:** Into legal action – that’s also some interesting thing. There is no right for an appeal, you can’t make an appeal. And they stated that because they privatized the whole thing. So the visa application goes back from London to Germany, to Düsseldorf. And I just have to pick it up, that’s it – which is also very discriminating. It doesn’t matter to me any more because I’m not gonna get to the colloquium, there’s simply not enough time for that. So legal action to just get me through is pointless. I just want people to hear it, I just want people to consider it because a lot of them think that some Iranian guy living somewhere wanting to go to London, ‚Okay, he can’t go – it doesn’t matter‘. But as soon as somebody like me who has a different background as an artist that has published stuff, he can maybe use his voice to just help in the future two or maybe three people who might have the same case. If I can do that, this is enough for me. The university and I, we want to publish a couple of articles on different platforms on the internet and also magazines. We haven’t had the meeting yet but I imagine that there will be a statement coming out.

*You find the complete version of the article on [aktuell.de](http://aktuell.de).*

# Liberaler schützen Burschenschafter



Während der AStA Studentenverbindungen generell kritisiert, stellt sich die LHG schützend davor. (Foto: fro)

**An der Universität Duisburg-Essen (UDE) sind keine nennenswerten Burschenschaftsaktivitäten zu beobachten. Doch nach dem Angriff auf einen Gießener Studierenden – vermutlich durch einen Burschenschafter – entfachte die Diskussion um Studentenverbindungen auch hier. Während sich der AStA mit der Gießener Studierendenvertretung solidarisiert, wirft die Liberale Hochschulgruppe (LHG) ihnen Hetze vor und stellt sich schützend vor Studentenverbindungen.**

Am 23. Oktober veröffentlichte der AStA der Julius-Liebig-Universität Gießen den Screenshot eines Postings aus der Social-Media-Plattform Jodel, in dem sich mutmaßlich Burschenschafter indirekt zu einem Angriff auf einen Studierenden, der ein Kostüm des AStAs trug, bekannten. Statt auf Unterstützung stieß der Gießener AStA mehrheitlich auf spöttischen Zweifel, dass nur 16 Sekunden nach Veröffentlichung des Posts bereits ein Screenshot gemacht wurde. Nicht wenige Facebook-Nutzer witterten darin eine gefälschte Inszenierung. In einem Facebook-Post drückte der AStA der UDE seine Solidarität aus – „unabhängig davon, ob dieser Angriff tatsächlich durch ‚Burschis‘ erfolgte“.

„Der AStA hat sich seinem Facebook-Post sämtliche Studierende in Verbindungen unter einen Generalverdacht gestellt“, heißt es seitens der LHG, die der Studierendenvertretung in einem Facebook-Post Hetze unterstellt. Die Vorwürfe weist der AStA entschieden zurück. Man setze sich für eine „offene Gesellschaft mit einem respektvollen Miteinander“ ein und verdächtige Studierende nicht pauschal. In einem weiteren Facebook-Post vom 30. Oktober kritisiert der AStA beispielsweise den körperlichen Angriff auf einen Burschenschafter durch mutmaßlich Linke an der Universität Hamburg.

**„LHG stellt sich vor rechte Strukturen“**

Dennoch werde der AStA auch weiterhin gegen Studentenverbindungen vorgehen, da diese ver-

altet seien. „Dieses Konzept beruht auf strikten Hierarchien und restriktiven Mitgliedschaftsbestimmungen, die sich in diskriminierende Verhaltensmuster niederschlagen können“, argumentiert AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht. So ist Frauen\* in den allermeisten Verbindungen die Mitgliedschaft per se untersagt. Von den 21 in Gießen existierenden Verbindungen nehmen lediglich zwei Frauen\* auf, bei einer weiteren handelt es sich um eine Damenverbindung.

Das sieht die LHG anders und findet, dass vor allem der AStA in der Pflicht sei, sich politisch neutral zu äußern: „Wir betrachten es nicht als Aufgabe des AStAs – noch unsererseits – über die Rahmenbedingungen von Mitgliedschaften in externen Organisationen zu urteilen, die in keiner direkten Verbindung zur Studierendenschaft stehen.“ Dem gegenüber steht die Satzung der Studierendenschaft, die in Paragraph 2 Absatz 6 vorschreibt, gegen Diskriminierung einzustehen.

Hinzu komme, so Lamprecht, die Duldung rechten Gedankengutes in Studentenverbindungen. Vor allem die Deutsche Burschenschaft (DB) – ein Korporationsverband von Burschenschaften in Deutschland und Österreich – weist völkische Tendenzen auf. Die personellen Verstrickungen zu rechten Parteien sind offenkundig. Wie die *Huffington Post* herausfand, gibt es in 30 von 35 untersuchten Burschenschaften innerhalb der DB Verbindungen zur AfD. Beispielsweise ist Torben Braga, Burschenschafter der Marburger Germania, nun als Assistent des Fraktionsvorsitzenden der Thüringer AfD, dem Rechtsaußen Björn Höcke, tätig. Mit ihren Sympathiebekundungen für die „Überfremdungen“-Rethoriken der Pegida-Demonstrationen und ihrer positiven Andachten an die Wehrmacht stimmt auch die Marburger Germania inhaltlich dem völkischen Flügel der AfD zu.

Auch in Österreich gibt es auffällige Verbindungen zwischen Burschenschaften und rechten Parteien: Jeder dritte Politiker der rechten FPÖ war oder ist Mitglied einer Burschenschaft. Auf die Frage, ob diese Verbindungen ins (extrem) rechte Spektrum problematisch seien, antwortet die

LHG: „Wir betrachten es als Interessensvertretung von Studierenden aus der Mitte der Gesellschaft stets problematisch, wenn ein unkritischer Umgang mit links- und rechtsradikalen Gedankengut erfolgt. Für uns steht eins fest: Ob Linksextremist oder Rechtsextremist – Jeder Extremist ist Mist!“ Der Bezug auf die Extremismustheorie gilt als unstritten, da sie die gegensätzlichen Ziele von Rechten und Linken untergräbt und die politische Mitte als moralisch gute Instanz stilisiert.

Statt in Studentenverbindungen könnten sich Studierende ohne diskriminierende Strukturen in anderen Konstellationen zusammenfinden, meint hingegen Lamprecht. Währenddessen fordert die LHG von der Studierendenvertretung eine Entschuldigung an alle Studierende, die Mitglied einer Studentenverbindung sind – und kassiert eine klare Absage des AStAs. Vielmehr sollten diese Studierenden ihre Mitgliedschaft in diskriminierenden Strukturen reflektieren, so Lamprecht. Die Stellungnahme der Liberalen kritisiert er scharf: „Die LHG stellt sich in Zeiten, in denen rechte Agitation in Parlamenten flächendeckend wird, schützend vor rechte Strukturen. Das ist ein fatales, nicht entschuldigbares Signal, das sie senden.“

## Vorwurf: Linksrüne Klientelpolitik

Währenddessen beschuldigt die LHG die Studierendenvertretung, lediglich Politik für eine linksgrüne Klientel zu betreiben – eine Beschuldigung, die sie auch in den Wahlkämpfen während der Wahlen zum Studierendenparlament immer wieder aufgriff. „Der AStA unter Führung der hochschulpolitischen Gruppen GHG und Linke Liste hat maßgeblich zur Finanzierung von linksradikalen Gruppierungen beigetragen“, kritisiert die LHG und verweist auf verschiedene Veranstaltungen der sich selbst als linksradikal bezeichnenden Gruppe *Crème Critique*, die die Studierendenvertretung finanziert hat. Im nächsten Zug zählt die LHG die Kooperation mit dem Fahrradverleih Nextbike auf, die die Studierendenschaft 125.000 pro Haushaltsjahr kostet (aktuell berichtete).

Dass die LHG beklagt, dass die amtierende Studierendenvertretung den AStA als linksgrünes Sprachrohr „missbrauche“, entbehrt für Lamprecht jeder Grundlage. „Es fügt sich nahtlos in das populistische Agieren der LHG, die mit brennenden Einkaufswagen schon im Senatswahlkampf aufs billigste Stimmung gegen linke Studierende zu machen versuchte“, kontert der Vorsitzende. Während des Wahlkampfes um die studentischen Senatsitze begaben sich LHG und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gemeinsam in den Wahlkampf und postulierten im Zuge der G20-Proteste, dass keine studentischen Gelder für die Finanzierung linksradikaler Projekte verwendet werden sollen (aktuell berichtete). Zur Illustration nutzen sie brennende Einkaufswagen auf ihren Flyern. Obwohl sich der Senat überhaupt nicht mit der Verteilung studentischer Gelder beschäftigt, erhielten LHG und RCDS die meisten Stimmen – wenn auch bedingt durch ihre Koalition. [fro]

# Privatsphäre versus digitaler Fortschritt?



Studierende, die Lehrveranstaltungen mitschneiden machen sich persönlichkeitsrechtlich strafbar. (Symbolbild: rat)

**Vorlesungen auf Youtube, Seminare über Online-Plattformen wie Moodle, Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden per Chat – so und ähnlich gestaltet sich digitale Lehre an Hochschulen. Auch an der Universität Duisburg-Essen (UDE) werden digitale Mittel eingesetzt. Doch besonders das Aufzeichnen von Lehrveranstaltung und der rechtliche Rahmen, in dem das geschehen darf, wird derzeit diskutiert.**

„Anscheinend hat unser Justizariat Aufzeichnungen von Lehrveranstaltungen de facto fast unmöglich gemacht. Digitale Lehre? Läuft bei uns“, äußerte sich Daniel Lambach, Dozent am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der UDE, sichtlich verärgert am 30. Oktober per Twitter. Damit reagierte er auf eine Stellungnahme des Justizariats der Universität, die am gleichen Tag über den Verteiler des Instituts für Politikwissenschaft verschickt worden war. Darin heißt es, dass sowohl Ton- und Videoaufzeichnungen sowie Fotos von Lehrveranstaltungen und deren Verbreitung ohne Einwilligung aller Betroffenen (Lehrende und Studierende) urheberrechtlich als auch persönlichkeitsrechtlich strafbar wären.

## Unmöglicher Aufwand?

Was für Lambach die Aufzeichnung von Lehrveranstaltungen nun „de facto fast unmöglich“ macht ist der erhöhte Organisationsaufwand, dem er sich gegenüber sieht: „Wenn die Rechtslage verlangen sollte, dass ich von jedem Studierenden, der auf diese Weise im Video auftaucht, eine individuelle Einwilligung einhole, ist das für mich organisatorisch nicht zu leisten“, erklärt der Dozent. Schließlich solle es vorkommen, dass noch Studierende in den folgenden Wochen zu einer Veranstaltung dazustoßen. „Weil mich aber die Rechtslage in individueller Haftung nimmt, wenn ich durch eine Aufnahme die Persönlichkeitsrechte eines oder einer Studierenden verletze, befinde ich mich in einer unbequemen Situation“, so Lambach weiter. Eingriffe in die Privatsphäre, die bei der Aufnahme

praxis kritisiert werden, sieht der Dozent nicht.

Organisatorisch machbar wäre so etwas allerdings allemal, wenn schon im LSF bei der Anmeldung der entsprechenden Veranstaltungen aufmerksam gemacht wird. Ausgeklammert wird der mögliche Fall, dass einzelne Studierende nicht mit der Aufnahme einverstanden sind, jedoch an dem Seminar teilnehmen müssen. Ihnen wird die Auswahl an Lehrveranstaltungen genommen. Zudem gibt es auch vermehrt Studierende, die – ohne vorher ihre Kommilitonen\*innen zu fragen – Veranstaltungen mit dem Smartphone mitschneiden. Selbst wenn diese Aufnahme dann nur zum Privatgebrauch verwendet wird, befördern sie sich damit in eine rechtlich unsichere Lage.

Studierende der UDE, die sich auf Facebook zu dem Thema äußerten, stehen dem Aufnehmen von Lehrveranstaltungen seitens der Dozierenden positiv gegenüber. „Viele Themen versteht man auch erst, wenn man sie öfter gehört hat. Ist man während der Vorlesung nur mit Mitschreibern beschäftigt, bleibt meist wenig hängen“, sagt beispielsweise Theresa. Hilfreich sind die Aufnahmen außerdem für Studierende, die neben dem Studium andere zeitintensive Verpflichtungen haben. „Ich schaffe es nicht zu allen Vorlesungen, da ich arbeiten muss und an zwei Campussen studiere; Notizen von Kommilitonen reichen da nicht immer aus“, beklagt sich Svenja, die in Duisburg BWL und am Essener Campus Anglistik studiert. In beiden Fächern werde nicht aufgezeichnet. „Finde ich vor allem bei ersterem schade, da ich mir das lieber zu Hause angucken würde als in teilweise mehr als überfüllten Tutorien“, ergänzt die Studentin.

Probleme bei der Organisation, wie sie von Lambach moniert werden, schildert niemand. „Da im neuen Audimax in Duisburg eine Anzeige darauf hinweist, dass eine Aufnahme gestartet wurde, dürfte es für jeden ersichtlich sein, dass seine/ ihre Wortmeldungen aufgezeichnet werden“, befindet UDE-Studentin Anna. Inwieweit das dann jedoch rechtlich legitim ist, wenn vorher nicht explizit nach dem Einverständnis der Studierenden gefragt worden ist, bleibt jedoch undurchsichtig. [rat]

## Ballern

### Tanzen mit Klischee



Die Fachschaft Soziale Arbeit lädt erneut zu ihrer sagenumwobenen Fachschaftsparty ein! Unter dem Motto „Jedes Klischee ist wahr!“ sollen im Hotel Shanghai auf zerzauste Haare, Filterkaffee, leere Stundenpläne und den ganzen anderen Unfug angestoßen werden, der so fabriziert wird. Sogar einen Schnaps am Eingang gibts umsonst – solange der Vorrat reicht.

↗ **Donnerstag, 9. November, ab 22.30 Uhr, Steeler Str. 33, Essen, Eintritt 3 Euro, Mindestverzehr 5 Euro**

## Gedenken

### Gegen das Vergessen

Zum Gedenken an die Progromnacht vom 9. November 1938 findet von der Alten Synagoge in Essen ausgehend ein Gedenkmarsch statt – mit Abschlusskundgebung am Hirschlandplatz. Gleichzeitig wird am selben Tag zur Stolperstein-Reinigung aufgerufen. Auch mit Blumen oder Kerzen können diese geschmückt werden. Unter 0201/23 20 60 oder [artessen@gmx.de](mailto:artessen@gmx.de) kann mitgeteilt werden welche Stolpersteine man übernehmen möchte. Initiiert sind beide Veranstaltungen unter anderem von Essen stellt sich quer und dem Flüchtlingsrat Essen.

↗ **Donnerstag, 9. November 17 bis 18.30 Uhr, Alte Synagoge, Edmund-Körner-Platz 1, Essen**

## Bilden

### Ehrenamtlich aktiv

Unter dem Leitspruch „Wir machen politische Flüchtlingsarbeit vor Ort“ lädt der Flüchtlingsrat NRW zum Ehrenamtskongress NRW ein. Neben fachlichen Inputbeiträgen stellen Initiativen aus allen Regionen NRWs ihre eigenen Projekte vor und erarbeiten gemeinsame Handlungskonzepte im Umgang mit Kommunen.

↗ **Samstag, 11. November, 9.30 bis 17 Uhr, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, Eintritt frei**

# Jüdisches Leben in Essen

Die alte Synagoge am Rathaus Essen ist heute ein städtisches Kulturinstitut, in dem gerade die Dauerausstellung zum Thema „Zeitgenössisches Judentum weltweit“ zu sehen ist. Im hellen Gebäude mit Kuppeldach kann sich auf einem Smartboard durch jüdische Kultur geklickt oder das Archiv nach Terminvereinbarung durchgeschaut werden. aktuell-Redakteurin Lea Sleiman sprach im Interview mit dem Historiker und amtierenden Leiter Uri Kaufmann über jüdische Kultur in Essen.

**ak[duell]:** Wie war die jüdische Gemeinde vor der Naziverfolgung in Essen?

**Uri Kaufmann:** Jüdische Kultur im Ruhrgebiet geht auf den Dreißigjährigen Krieg zurück. Es war immer eine kleine Gemeinde, bis in die 1870er Jahre, als Essen allgemein durch Zuwanderung wuchs. 1913 entschloss sie sich dazu, eine große, ausgeschmückte Synagoge zu bauen. Ein christlicher Architekt realisierte damit sein erstes Großprojekt. Im Unterschichtenbereich hatte man Kontakt mit dem umherziehenden Volk und Jiddisch, wenn man in billigen Herbergen gemeinsam übernachten musste, daher kommen noch gewisse Ausdrücke [Anm. d. Red.: „maloch“ oder „Ische“]. Aber es gibt Verbindungen, die gehen auf das 15. Jahrhundert zurück. Das ist eine mehrhundertjährige Interkulturation.

**ak[duell]:** Was passierte mit der alten Synagoge in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November?

**Kaufmann:** Nach der telefonischen Anweisung aus München, dass die Synagogen anzuzünden sind, ging der Befehl an die SA. Nicht weit von hier, am Burgplatz, gab es eine Einschwörungszereemonie der SS. Auch SA-Leute waren da und die konnten über die Straße. Als sie hier waren, haben sie das Holzmobiliar angezündet und die Torarollen rausgerissen. Die Leute haben bis zum Morgen den brennenden Torarollen zugeguckt. Die Wohnung vom Ehepaar Heineman, die eine kleine Kunstsammlung aufbauten, wurde in der Nacht zerstört, und auch die Kunstwerke wurden verbrannt, die für eine Ausstellung im Folkwang Museum gedacht waren. Die Synagoge war seitdem eine Brandruine. Man musste zur Hindenburgstrasse in einen Ersatzraum flüchten. Nach dem Krieg hat sich nur eine kleine Gemeinschaft wieder gefunden. Mehr als die Hälfte der 5.000 Essener Juden von 1925 konnten sich bis 1941 ins Ausland retten, umgekommen sind mehr als 2.000. Polnische Staatenlose, überlebende Männer aus sogenannten ‚privile-



Einblick in die modernisierte, 104-jährige Alte Synagoge mit dem Interview-Partner Uri Kaufmann. (Foto: lys)

gierten Ehen' mit einer Frau ohne Kind, und auch aus KZ-Außenstellen der Umgebung sind einzelne Überlebende nach Essen gekommen. Sie waren die Anfänge der Nachkriegsgemeinde, die am 3. April 1948 im alten Rabbinerhaus das Gebet eröffneten.

**ak[duell]:** Was passierte nach 1945?

**Kaufmann:** Die Synagoge und der Toraschrank haben die Bombardierung überstanden, obwohl die Wohnhäuser drumherum zusammengefallen sind. Das war für viele Zeitgenossen ein Mahnmal, dass ausgerechnet die zerstörte Ruine stehen blieb. Man wusste lange nicht, was man damit anfangen soll. Die Empore wurde eingegrissen und das Gebäude massiv umgebaut und bis 1979 Kaffeetassen, Stühle und Lampen im seit 1959 städtischen Hausindustrieforum ausgestellt. Dann hat die Ausstellung gebrannt, soweit ich weiß ein Kabelbrand. Auch mit Hilfe junger Historiker der Universität Duisburg-Essen in der städtischen Diskussion wurde die Synagoge Anfang der 1980er Jahre zur Mahn- und Gedenkstätte. Eine der ersten Ausstellungen organisierte der Kommunist Ernst Schmidt über Widerstand gegen den Nationalsozialismus, ohne Bezug zu jüdischer Geschichte und schon gar nicht zu Religion. Die neue Leiterin Angela Genger hat dann eine Sammlung mit 400 Interviews von jüdischen Essener Zeit-

zeugen organisiert und rekonstruiert. Seit 2010 liegt der Schwerpunkt auf zeitgenössischem Judentum weltweit, aber auch mit zwei lokalhistorischen Abteilungen.

**ak[duell]:** Gab es seit 1945 Angriffe auf die Synagoge?

**Kaufmann:** Zwei Männer versuchten 2014 nach einer Demonstration gegen den Gaza-Krieg die Dauerausstellung zu stören. Mit letzter Not konnten die älteren Damen hier die Tür schließen. Dann wurden Fenster mit Steinen zerstört und seitdem haben wir ein starkes Sicherheitskonzept und ständig Polizeipräsenz vor dem Haus. Es gab vorher im Internet eine Gruppe, die sich zum Ziel setzte, die Synagoge zu vernichten. Es wurden dann die Sicherheitsmaßnahmen zwei Monate lang von der Polizei wegen Terrorverdachts noch verstärkt.

**ak[duell]:** Was ist alltägliche Arbeit im Kulturinstitut?

**Kaufmann:** Pädagogische Arbeit, zum Beispiel an Schulen zum Zusammenhang von Judentum und Islam. Von muslimischer Seite gab es übrigens nie geographisch so weiträumige Verfolgung wie in Europa. Ich doziere auch an der Universität Duisburg-Essen zu jüdischer Geschichte. Wir sind gerade dabei, Dokumente des russischen Künstlers Yury Kharchenko und seiner Familiengeschichte zu archivieren und auszustellen. Es kommt wie bei ihm häufig vor, dass Eltern ihre Namen änderten und nicht verraten haben, dass sie jüdisch sind. Das ist für die Kinder dann ein Problem, dass sie mit einer neuen Identität konfrontiert sind.

**ak[duell]:** Wie beschreiben Sie jüdische Kultur heute in Essen?

**Kaufmann:** Jüdisches Leben hier ist ohne Zuwanderung nicht zu denken, besonders ab den 60er Jahren aus Osteuropa. Es ist eine kleine Gemeinde in Essen im Vergleich zu Düsseldorf, das als das regionales jüdische Zentrum bezeichnet werden kann. Die älteren Gemeindemitglieder isolieren sich wegen der Erinnerung an antisemitische Erlebnisse. Man sollte jüdisches Leben in den realen Proportionen in Deutschland sehen. Journalisten sprechen von einer Blüte, so großartig ist es nicht. Es ist sicher mehr, auch wegen der jungen Generation, die jetzt deutsch sozialisiert ist. Es hängt von der Politik ab, ob jüdisches Leben ermöglicht wird. Die kann ich nicht so recht einschätzen – ich bin kein Prophet.

# Dem Braunkohle-Weltmeister Druck machen

Im rheinischen Braunkohlerevier in Nordrhein-Westfalen bauen die Schaufelradbagger des Energeriesen RWE Braunkohle ab, um Strom zu produzieren. In der Folge verschärft sich der Klimawandel, Deutschland gilt als „Braunkohle-Weltmeister“ und bläst mit die meisten CO<sub>2</sub>-Abgase in die Luft. Vom 6. bis zum 17. November findet in Bonn, in direkter Nähe des Abbau-Gebiet die UN-Klimakonferenz statt, was am Samstag, am 4. November, für internationale Umweltaktivist\*innen eine willkommene Gelegenheit war für den Ausstieg aus der Braunkohle zu demonstrieren.

So international wie die Aktivist\*innen, so vielfältig waren auch ihre Protestaktionen. Rund 25.000 Menschen demonstrierten am Samstagmittag durch Bonn. Viele von ihnen kommen aus direkt betroffenen Gegenden, wie etwa den Fidschi-Inseln, die auch die Präsidentschaft der diesjährigen Klimakonferenz übernommen haben, aber auch aus Pakistan, Senegal, den USA, Frankreich und den Philippinen. In der Vergangenheit an Bekanntheit gewonnen haben die Pacific Climate Warriors, die einen Zusammenschluss von Umwelt-Aktivist\*innen aus dem pazifischen Raum bilden. „Wir fordern, den Ausbau fossiler Energie jetzt zu stoppen“, sagte George Nacewa von den Pacific Climate Warriors dem ZDF am Samstag auf der Großdemonstration.

## Die Kohle stecken lassen

Hinter seiner Forderung stehen auch viele tausend andere Aktivist\*innen, die demonstrierend durch die Innenstadt gezogen sind. Im Fokus vieler deutscher Organisationen sind vor allem die aktuellen Sondierungen zu einer möglichen Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen. Als Mittag bei der Auftaktkundgebung Hubert Weiger, der Vorsitzende der Umwelt-Orga-



„Revolution Not Pollution“ fordern Umweltaktivist\*innen auf der internationalen Großdemo. (Fotos: dpe)

nisation BUND spricht, formuliert er einen klaren Anspruch an die Grünen, die auch bei der Demonstration anwesend waren: „Wir fordern von den Grünen, dass der Kohleausstieg die ‚rote Linie‘ ist, die wir nicht überschreiten dürfen.“

Während er spricht, sind in seinem direkten Blickfeld viele Transparente zu sehen und ein riesiger Erdball aus Kunststoff, aus dem Kohlekraftwerke herausragen, die CO<sub>2</sub> ausstoßen. Das tiefschwarze Kohlenstoffdioxid nimmt die Form und das Gesicht von Angela Merkel an. Unmissverständlich wird neben Donald Trump auch sie oftmals erwähnt, wenn es um die Einhaltung der Klimaschutzziele geht: „Raus aus der Kohle, Frau Merkel“, schreit die Erde symbolisch. Während viele deutsche Demonstrationsteilnehmer\*innen eher weniger für dynamische Aktionen sorgen, haben insbesondere französische und belgische Aktivist\*innen auf der Demo ordentlich Bewegung geschaffen. „End Coal Now“, „Keep it

in the Ground“ oder „Auf geht’s, ab geht’s, Ende Gelände“ rufen sie abwechselnd.

## Ungewisse Zukunft

Viele von ihnen stehen dem Bündnis Ende Gelände nah, das den Sonntag damit verbracht hat, rund 4.500 Aktivist\*innen dazu zu motivieren den Kohleausstieg selbst zu machen. Sie tun es „mit unseren Körpern und Mitteln des zivilen Ungehorsams“, was konkret bedeutet: Ab in die Grube im rheinischen Tagebau Hambach und Bagger besetzen, damit tatsächlich weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird. Schon im August hatte das Bündnis das Braunkohlerevier besucht und dort massenhaft die Zufahrtswege von Zügen zu den Kraftwerken blockiert. Wie zu erwarten war kam es am Sonntag dann auch zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Aktivist\*innen allerdings umschifften mehrfach die Polizeiketten, um in die Grube zu kommen.

Dabei hat die Polizei auch Pfefferspray auf eine friedliche Sitzblockade gesprüht. Auf dem Twitter-Account von Ende Gelände heißt es dazu: „Unverhältnismäßig und eskalierend“. Die Aachener Polizeistelle kündigte an, den Einsatz aufzuarbeiten. Für viele Aktivist\*innen war es dennoch ein guter Tag, wie Fotojournalist Tim Wagner berichtet: „Die meisten Aktivisten mit denen ich sprach, gingen mit einem anderen Eindruck aus der Grube und waren glücklich über den Verlauf“. Die Mehrheit der Beamt\*innen habe sich der von Aachens Polizeipräsident Dirk Weinspach vorgegebenen Linie der Deeskalation angeschlossen.

Auch wenn die Aktivist\*innen mit den Bildern zufrieden waren: Dass die Zukunft der Braunkohle mit den Aktionen ein Ende findet, ist unwahrscheinlich. Denn die beteiligten Industrienationen, die das Pariser Klimaschutzabkommen im Jahr 2015 unterschrieben hatten, machen derzeit keine Anstalten aus Verbrennungsmotoren, Braunkohle und anderen Klimakillern auszusteigen. Das ist vor allem für die maßgeblich betroffenen Ländern eine Katastrophe, denn sie hätten den Kohleausstieg bitter nötig. [dpe]



Hubert Weiger (BUND) appelliert bei der Auftaktkundgebung vor den rund 25.000 Menschen an die Grünen.

# Ein Zug namens Anne Frank



Darf ein Zug des Nachfolgers der Reichsbahn nach Anne Frank benannt werden? (Foto: caro)

**Die Kombination aus Schienen, Zügen und dem Namen Anne Frank ruft bei vielen Leuten Erinnerungen und Bilder an die Deportation der jüdischen Menschen und den Holocaust hervor. Die Deutsche Bahn (DB) aber scheint sich gedacht zu haben, hiermit lasse sich gut der neue ICE 4 vermarkten.**

„Es gab ja kein Klo, es gab nur ein großes Fass, wo die Notdurft verrichtet werden konnte, sonst gar nichts. Die Menschen, total verhungert, verfroren bis zum Tod hinaus, [haben] lamentiert, geschrien. Durst, kein Wasser, nichts. Wir konnten ... nicht raus schauen,“ beschreibt Franz Rosenbach, Holocaust-Überlebender und stellvertretender Vorsitzender des Bayrischen Landesverbands Deutscher Sinti und Roma seine Deportation von Auschwitz nach Buchenwald in dem Buch „Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn“ (2009).

Auch Anne Frank wurde zweimal in den Zügen der Deutschen Reichsbahn deportiert – in die Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen. 73 Jahre später soll nun ein ICE der Deutschen Bahn nach ihr benannt und mit ihrem Bild auf der Außenverkleidung des Zuges schmückt werden. Erwartbar waren die ungläubigen und empörten Reaktionen in der deutschen Gesellschaft, aber auch über die Landesgrenzen hinaus. Denn die DB ist das Ergebnis einer Fusion von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn. Letztere ermöglichte erst, dass massenweise jüdische Menschen während des Holocausts in ganz Europa in die Vernichtungslager verschleppt und umgebracht werden konnten.

Eine Konzerngeschichte, die eine sorgsame Aufarbeitung bis heute erfordert. Mit der geplanten Benennung des ICEs nach Anne Frank ist diese nicht geglückt.

Insgesamt 25 Persönlichkeiten wählte die DB aus den eingereichten Vorschlägen von Bürger\*innen aus, die an der Ausschreibung der DB teilnahmen. Dort hieß es unter anderem, man wolle „an Menschen aus Deutschland erinnern, die inspirierend waren“. So weit so gut. Weiter liest sich: „Persönlichkeiten, die gezeigt haben, wie Menschen über Grenzen hinweg friedlich zusammenleben können.“ Dass ausgerechnet jemand, der in ständiger Angst in einem Versteck leben musste, ehe die gesamte Familie von Nationalsozialist\*innen verhaftet und in Vernichtungslager deportiert wurde, für ein friedliches Zusammenleben stehen soll, ist nicht zu begreifen.

## DB rudert leicht zurück

In einer Pressemitteilung der DB heißt es, man habe das Andenken an Anne Frank nicht schädigen wollen: „Vielmehr hat die DB im Bewusstsein um ihre historische Verantwortung entschieden, die Erinnerung an Anne Frank wachzuhalten.“ Auch wird betont, dass die Namensvorschläge „von DB-Kunden und engagierten Bürgern“ kamen und „Anne Frank unter den Top-Vorschlägen“ war. Ausgewählt und abgesegnet wurde jedoch durch eine Jury, in der unter anderem Antje Neubauer, Leiterin für Marketing & PR, und Susanne Kill, Leiterin Konzerngeschichte der DB AG, sowie Michael Peterson, Vorstand Marketing-Abteilung der DB Fernverkehr AG, saßen. Es verwundert, dass trotz Spezialwissen über die Konzerngeschichte nicht spätestens hier ein Ausschluss erfolgte. Nun wolle man sich mit jüdischen Organisationen beraten und sei bereits in Gesprächen mit dem „Anne Frank Fonds“.

Ohnehin scheint es aber statt um die Persönlichkeiten, um die Vermarktung des Zuges zu gehen. So wird Neubauer auf der DB-Homepage zitiert: „In Verbindung mit dem Namen der historischen deutschen Persönlichkeit bekommt der ICE 4 bei der Ein- und Ausfahrt in den Bahnhof seinen individuellen Auftritt.“ Wenn hinter der Namenswahl auch keine böse Absichten lagen, so hat die DB immerhin ein Ziel erreicht: Aufmerksamkeit für ihr neues innovatives Technikfahrwerk zu schaffen. [caro]

## HIRNAKROBATIK

3	1	5	8		
8		2	3		
4	7		8		
	4	3			
8	1	5		9	3
			6	5	
	3		1	8	
	9	4		5	
		9	2	1	4

## WOHNHEIMGESCHICHTEN



## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

**Projektkoordination:** Redaktionsschwein Ferdi

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg)

**V.i.S.d.P.:** Dennis Pesch (dpe)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akduell.de

**Web:** www.akduell.de